

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 5

Artikel: Kirchen und Sozialdemokratische Partei : Resignation - Hoffnung - Utopie
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142837>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

HANSJÖRG BRAUNSCHWEIG

Kirchen und Sozialdemokratische Partei

Resignation — Hoffnung — Utopie

Von der Ablehnung zur Gleichgültigkeit

Nur ausnahmsweise befassen sich eine Mehrheit der SP oder gar die offiziellen Parteigremien mit kirchlichen Fragen. Und wenn schon, dann sind es staatspolitische Fragen: Trennung oder Entflechtung von Kirche und Staat, Aufsicht und Einmischung des Kantons oder auch der Kirchen. Noch seltener beschäftigen sich kirchliche Organe mit der Sozialdemokratischen Partei und ihren Problemen.

Und doch spüren wir in den spärlichen Diskussionen verborgene und gebremste Emotionen, die auf spannungsgeladene Beziehungen der Vergangenheit zwischen Kirchen und Arbeiterbewegung hinweisen. Die Ablehnung war gegenseitig und heftig. Sie fand sowohl auf der philosophisch-ideologischen (Marxismus—christliche Glaubenssätze) als auch auf der politisch-institutionellen Ebene statt: Arbeiter in allen Teilen der industrialisierten Welt verwarfen die Kirchen als bürgerliche Institutionen und lehnten ihre Verflechtung mit Staat, Privatwirtschaft und Armee, das heißt mit den Reichen und Herrschenden, ab, und die Kirchen nahmen offen gegen die Kirchenfeindschaft der Arbeiterorganisationen Stellung.

Anstelle gegenseitiger Ablehnung ist längst gegenseitige Gleichgültigkeit (vermischt mit Resignation) getreten, ohne daß der Konflikt zwischen den Organisationen ausgetragen worden wäre. «Mir hat die Kirche noch nichts zuleide getan, aber auch nichts zuliebe. Ich habe nichts gegen die Kirche, aber auch nichts für sie übrig», sagte kürzlich eine Genossin in einer der seltenen Diskussionen. Diese Stellungnahme scheint mir typisch und weitverbreitet zu sein. Sie findet in einer pietistisch-apolitischen Strömung die kirchliche Parallele.

Versuch einer Konfliktlösung: christliche Liebe — sozialistische Solidarität

Die religiös-soziale Bewegung in der Schweiz fragte unter Führung des Theologen Leonhard Ragaz in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts und fragt heute zusammen mit den «Christen für den Sozialismus» nach den Grundwerten der christlichen Botschaft und des Sozialismus. Die Uebereinstimmung in der Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Liebe und Solidarität ist für viele Christen und Sozialisten überzeugend. Warum kann christliche Liebe mit sozialistischer Solidarität nicht deckungsgleich

sein? Wenn für die einen oder andern diese Uebereinstimmung ungewohnt oder zweifelhaft ist, so müssen sie sich die Frage nach ihrem Verständnis von Liebe oder von Solidarität stellen, eine Fragestellung, die ohnehin nicht und nie in Vergessenheit geraten darf. Sie führt zu einer neuen Spannung, die mir aktueller und für die Zukunft fruchtbringender erscheint.

Die Spannung zwischen Kirchen und christlicher Botschaft einerseits, Partei und Sozialismus andererseits

Christliche Botschaft und Sozialismus sind lebendige und revolutionäre Kräfte, ausgerichtet auf die Gemeinschaft der Menschen und deren Befreiung oder Selbstverwirklichung, mit einer ganz bestimmten Zielvorstellung, einer Gesellschaft ohne Machtstrukturen.

Kirche und Partei stehen immer in Gefahr, zur Institution zu erstarren, zum Selbstzweck zu werden und mit der Macht zu liebäugeln, mit der Macht des bürgerlichen Staates.

Damit ist die Machtfrage an die Kirche und an die Partei gestellt. Sie fand und findet ihren politischen Niederschlag in der Diskussion um die Trennung von Kirche und Staat einerseits und um die Regierungsbeteiligung der SP andererseits.

Leider ist die Kirche der Frage nach der Macht in den letzten Jahren sowohl im Kanton Zürich als auch gesamtschweizerisch weitgehend ausgewichen. Sie hat sich in die Büsche der Finanzen und einer Scheinpartnerschaft mit dem Staat geschlagen. Auch die Partei hat die Machtfrage nicht beantwortet, aber sie hat sie wenigstens erkannt und sich um Antworten bemüht, für mich ein Hoffnungsschimmer. Aber eben nur ein Schimmer, der nicht ausreicht, um ein Gegengewicht zur herrschenden Resignation zu bilden. Wenn ich an die sinkende Stimm- und Wahlbeteiligung, an die mangelnde Fähigkeit, unsere Partei zu mobilisieren, an die Reden über unsere Verunsicherung, die innere Krise und die verlorene Identität denke, betrachte ich die Frage der Resignation als zentrales Problem der Sozialdemokratischen Partei. Die Antwort müßte von der sozialistischen Utopie einer demokratischen, gerechten und gewaltfreien Gesellschaft ausgehen, die wir uns alle wünschen. Sie könnte aber auch von der Hoffnung der christlichen Botschaft herkommen, die ausgerichtet ist auf das Reich Gottes, das schon heute in diese Welt einbricht. Aber: Wo strahlt die Kirche solche Hoffnung überzeugend aus?

Genossen stellen nach Niederlagen resigniert fest: «Dem Arbeiter geht es zu gut. Deswegen haben wir oft Mißerfolg und machen keine Fortschritte.» Diese Aussage ist folgenschwer, denn unausgesprochen

enthält sie eine Versuchung: Wenn es dem Arbeiter weniger gut geht, haben wir in Wahlen, Abstimmungen und Aktionen mehr Erfolg. Der Schritt zur Verelendungsstrategie ist nur ein kleiner.

Diese Aussage ist nicht nur gefährlich, sondern auch unrichtig, denn sie trifft im besten Fall für eine Mehrheit der Arbeiter und niemals für zahlreiche Minderheiten wie Ausländer, Behinderte, Rentempfänger, Frauen, Jugendliche zu. Aber selbst für diese Mehrheit ist sie höchstens dann richtig, wenn wir deren Lage nur gerade vom Lohn und vielleicht noch von der sozialen Sicherheit her beurteilen.

Demgegenüber stelle ich in unserer Gesellschaft eine große Zahl ungelöster mitmenschlicher und persönlicher Probleme fest: Viele Menschen aus allen Schichten fühlen sich einsam, suchen vergeblich nach Partnern, nach Vertrauen und Geborgenheit, kämpfen mit Alkohol, Drogen und Medikamenten, fliehen ins Fernsehen, in den Konsum, in die Pornographie, leiden unter Streß und Repression, unter Depressionen und andern psychosomatischen Erkrankungen, haben zahlreiche Ängste, von denen sie sich nicht zu reden getrauen und die sie nicht überwinden. Sie empfinden den Staat, den Fortschritt, die Technik, die Zukunft und die Jugend als Bedrohung, sie fürchten sich vor Krankheit und Tod. Sind das vielleicht die drängenden sozialen Probleme unserer Zeit, die wir als solche und nicht nur als individuelle Probleme noch gar nicht oder zu wenig erkannt haben? Welche Antworten können wir als Sozialisten und ganz konkret als Mitglieder der SP geben? Und von welchen christlichen Erfahrungen können wir profitieren?

WILLY SPIELER

Kirche und Sozialdemokratie

Versuch einer grundsätzlichen Verhältnisbestimmung

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kirchen ist durch Emotionen belastet: durch kirchenfeindliche wie durch kirchenfreundliche. Sie artikulieren sich selten öffentlich. In persönlichen Begegnungen habe ich das eine wie das andere Extrem erfahren: auf der einen Seite jenen Genossen, der die Kirchen als «Schwindelbetriebe» diffamierte, die aus dem öffentlichen Leben zu verbannen das «weit überragende Thema der Tagesordnung» sei, auf der andern Seite jene Genossin, die erst nach Rücksprache mit ihrem Pfarrer an der 1.-Mai-Feier teilnahm, so sehr hatte der vorgängig verteilte Text der «Internationale» sie schockiert. Es ist gewiß nicht Aufgabe einer sozialdemokratischen Partei, solchen Emotionen zu einem ideologischen Ueberbau zu ver-